



Protokoll

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Sitzung: 4/2012 - 3. September 2012

Ort: Dienstgebäude Heuduckstraße 1, Konferenzraum 404

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 16.30 Uhr

TeilnehmerInnen: Fred Kreutz (CDU), Sieglinde Bergmann (SPD), Manfred Jost (B90/Grüne), Dagmar Trenz (Die Linke), Andreas Herrmann (ASB), Dagmar Scherer (Caritas), Angela Maurer (Evangelische Kirche), Uschi Biedenkopf (51.L), Hans Marx (51.1), Armin Weppernig (51.2), Michael Klein (51.5), Petra Spoo-Ludwig (51.6) Michael Doll (51.6), Eric Schäffer (iSPO), Thomas Kruse (51.6)

Vorsitz: Sieglinde Bergmann

Entschuldigt: Hans-Jürgen Stuppi (DPWV), Nathalie Zimmer (FDP), Dieter Ehre (AWO)

Tagesordnung:

- TOP 1 Verabschiedung des Protokolls der Sitzung am 11. Juni 2012**
- TOP 2 Stand und Perspektive des Bildungs- und Teilhabepakets 2013 – 2014**
- TOP 3 Quo vadis Sozialraumorientierung**
- TOP 4 Projekt Weiterentwicklung des Pflegekinderdienstes**
- TOP 5 Verschiedenes**

Frau Sieglinde Bergmann eröffnet als stellvertretende Vorsitzende die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung um 14.00 Uhr. Sie entschuldigt Herrn Stuppi, der aus terminlichen Gründen die heutige Sitzung nicht leiten kann.

Zu TOP 1:

Das Protokoll der Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 11. Juni 2012 wurde einstimmig verabschiedet.

Zu TOP 2:

Frau Spoo-Ludwig berichtet, dass die Förderung aus Bundesmitteln des „Bildungs- und Teilhabepakets“ für Projekte und Maßnahmen der Schulsozialarbeit erst im Spätherbst 2011 begonnen werden konnte. Dies führte dazu, dass nicht alle zur Verfügung

stehenden Mittel zeitnah und sinnvoll investiert werden konnten. Die unverbrauchten Projektmittel konnten von 2011 auf 2012 übertragen werden, so dass in 2012 rund 1,4 Mio. € Fördermittel nutzbar waren. Zunächst musste das Jugendamt davon ausgehen, dass in 2013 eine Förderung in einem gleichbleibend Umfang nicht zu realisieren sei. Allerdings stellte das Jobcenter auf Intervention von Frau Biedenkopf zusätzliche Mittel bereit. So kann vermutlich der Förderumfang bis zum Auslaufen des Bildungs- und Teilhabepaketes gehalten werden, was als Erfolg zu werten ist. Weiterhin sollen kurzzeitige Maßnahmen wie z.B. „Coolness-Training“ u.ä. breit gestreut werden. Diese Maßnahmen können an den Schulen in der Gewaltprävention Entwicklungspotentiale evozieren. Außerdem können neue sozialpädagogische Ansätze in der Praxis durch solche Maßnahmen erprobt werden.

Zu TOP 3:

Frau Biedenkopf stellt Herrn Erik Schäffer, Erziehungswissenschaftler, M.A. vom iSPO-Institut Saarbrücken (iSPO Institut für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung GmbH) vor. Herr Schäffer beschäftigt sich vor allem mit Wirkungsevaluation und Fragen der Nachhaltigkeit von Projektwirkungen. Er präsentiert dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung die ersten Ergebnisse der Zwischenevaluation des Projektes SOJUS. In zwei ausgewählten Sozialräumen in Saarbrücken (in beiden Wohngebieten gibt es langjährig bewährte Gemeinwesenprojekte und Projekte zur Verminderung der Auswirkungen der Kinderarmut sowie eine Reihe weiterer Jugendhilfeangebote) erfolgt ein systematische Umbau der Jugendhilfe nach den Prinzipien der Sozialraumorientierung. Das iSPO-Institut bringt dabei im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation seine Erfahrungen in dem Themengebiet ein. Aufgrund eines verspäteten Starts der beiden Pilotprojekte ist die Evaluation nicht soweit fortgeschritten, wie dies beabsichtigt war. Folglich kann z.Zt. keine zuverlässige Quantifizierung der Projektwirkung realisiert werden. Empirische Belege der Wirkung auf die Zielgruppen sind für die zweite Hälfte des Projektzeitraums auf der Agenda. Neue Vernetzungsstrukturen lassen sich allerdings schon heute konstatieren. Die (Außen-) Wahrnehmung der Jugendhilfe entwickelt sich positiv durch die Präsenz im Sozialraum. Selbstverständlich gibt es hier Entfaltungspotentiale.

Generell stellte Herr Schäffer fest, dass das Projekt SOJUS noch nicht ausreichend im Sozialen Dienst verankert ist. Die konkreten Standortfaktoren lassen das Sozialraumbüro Alt-Saarbrücken als Positivbeispiel aussehen. Dahingegen sind die Lage und die räumlichen Ressourcen für das Sozialraumbüro Malstatt in der Breite Straße 41 eher suboptimal. Was sich entsprechend ungleich förderlich auf die fachliche Umsetzung auswirkt. Auf der Umsetzungsebene lassen sich durchaus positive Aspekte erkennen. So zeigt sich ein flexibleres Reagieren der Jugendhilfe, was durch Zunahme bedarfsgerechter, niedrighschwelliger und flexibler Hilfsangebote zu belegen ist. Innerhalb der Teams funktioniert auch jenseits des Hilfeplanverfahrens ein kontinuierlicher Informationsaustausch. Unsicherheiten gibt es bezüglich der fachlichen Umsetzung des Konzepts im Hinblick auf einzelfallbezogene Arbeit.

Zugleich lassen sich qualitative Abweichungen erkennen. Eine fachliche Unterstützung wird deshalb auch künftig notwendig sein. Trotz der teils ungünstigen Rahmenbedingungen sind die MitarbeiterInnen hoch motiviert. Die Arbeitsbelastung des Teams – vor allem bei den MitarbeiterInnen im Sozialen Dienst – ist hoch. Sie können sich nur bedingt an fallunabhängigen bzw. –übergreifenden Aktivitäten beteiligen. Die menschliche Nähe im Sozialraum bringt zusätzliche professionelle Anforderungen für die SozialarbeiterInnen mit sich. Gerade die Fluktuation bei den MitarbeiterInnen des Sozialen Dienstes in einem der Sozialraumbüros wird von außen zunächst als negatives Signal interpretiert, obwohl der Personalwechsel erfahrungsgemäß nicht durch die Situation vor Ort beeinflusst wurde.

Positive Effekte zeigen die kollegiale Anbindung an GWA und Kinderhaus wie umfangliche sozialräumliche Informationen und die Bereitstellung und Nutzung weiterer Ressourcen. Die ersten Schritte zu einer „anderen Art von Jugendhilfe“ sind getan. Freilich entsprechen die konzeptionellen Grenzen nicht immer den Praxisanforderungen und sind überdenkenswert. Der Soziale Dienst insgesamt sollte sich mittelfristig intensiver mit dem Projekt vertraut machen. Ein ausführliches Handout von Herrn Eric Schäffer zu seinen Einschätzungen wurde im Unterausschuss Jugendhilfeplanung verteilt.

In einer intensiven Diskussion erläuterte Herr Schäffer auf Nachfrage von Frau Dagmar Scherer die unterschiedliche Lagebewertung im Sozialraum sowie die jeweiligen räumlichen Kapazitäten bei den Sozialraumbüros Alt-Saarbrücken und Malstatt. Herr Andreas Herrmann sieht die Kooperation mit der Schulsozialarbeit als ausbaufähig und geht davon aus, dass die organisatorischen Probleme hier bisher wahrscheinlich hinderlich waren. Sieglinde Bergmann führt aus, dass davon zu hören war, dass es bisweilen zwischen den MitarbeiterInnen des SD und den Familienzentren hakt. Dies bestätigt Herr Schäffer, sieht aber die Teams auf einem guten Weg. Natürlich brauche es Zeit, bis Strukturen zusammenwachsen. Der Soziale Dienst begann in 2007 die Sozialraumorientierung mit einer Lüttringhaus-Fortbildungsreihe, so Herr Weppernig. Deren handlungsleitenden Prinzipien werden nun in den Sozialraumteams umgesetzt. In welcher Struktur dies weitergeführt wird, muss man nach der endgültigen Evaluation sehen. Frau Angela Maurer plädiert für gute Strukturen, die helfen sollen Reibungsverluste in der Kooperation zwischen Familienzentren und Sozialem Dienst zu minimieren. Herr Weppernig will eine Flexibilisierung der Hilfen unter Beachtung der individuellen Ressourcen der Betroffenen im Sozialraum, einer Kundenorientierung und Kundennähe sowie eine Kostenreduktion durch mehr ambulante Versorgung als durch teil- oder vollstationäre Hilfen. Selbstkritisch reflektierte der Abteilungsleiter die Teamgröße, so sei die knappe personelle Ressource nicht immer förderlich für einen optimalen organisatorischen Ablauf.

Zu TOP 4

Herr Hans Marx informiert als neuer Leiter der Abteilung „Adoption- und Pflegekinderdienst/Tagespflege“ von seinen ersten Erfahrungen und Planungen. Gemeinsam mit seinen 14 MitarbeiterInnen will er ein Konzept entwickeln, das zum einen den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung trägt und andererseits dem

sozialpädagogischen Ansprüchen gerecht wird. Durch das kollegial erarbeitete Konzept sollen die Vermittlung, die Kooperation, die Werbung, die Qualifizierung und die Organisationsform optimiert werden. Wichtig sei es, die Diagnostik auszubauen. Um eine positive Perspektive für Pflegekinder aufbauen zu können, braucht es eine gute Diagnostik: Wie ist die Interaktion zwischen Pflegekindern und –eltern? Was hat das Kind in der Ursprungsfamilie erlebt. Wie ist die emotionale Bindung zu den leiblichen Eltern? usw. usf.

Die interne Kooperation im Jugendamt mit der Abteilung Soziale Dienste und den Vormündern wie auch die externe Kooperation (Familienrichtern/ Sozialdienst kath. Frauen e.V. u.a.) soll intensiviert werden. Hier gibt es große fachliche Schnittmengen allerdings auch Reibungsverluste, die bearbeitungswürdig sind.

Bisher wurden PR und die Akquise im Bereich des Pflegekinderdienstes sehr verhalten betrieben. Mit einer professionelleren Werbung will man neue Zielgruppen in der Gesellschaft finden, die offen sind für die Aufnahme eines Pflegekindes. Die bisherige Abteilungsstruktur scheint sich grundsätzlich bewährt zu haben und Herr Marx glaubt, dass man damit gut aufgestellt ist. Der Arbeitsbereich Tagespflege passt nicht ganz zur Thematik Pflegekinderdienst, merkte Herr Marx kritisch an.

Im Herbst 2012 ist eine Abteilungsklausur geplant und ab Januar 2013 wird die Konzeptentwicklung mit einzelnen Projekten beginnen. Natürlich wird bei der konzeptionellen Entwicklung der Rat von wissenschaftlichen Experten eingeholt. Herr Marx will den Ausschuss in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung informieren.

Frau Uschi Biedenkopf berichtet, dass sich die saarländische Interessenvertretung der Tagesmütter mit ihr in Verbindung gesetzt hat. Die Interessenvertretung kümmert sich zuvörderst um zwei gewichtige Missstände. Zum einen die schlechte Entlohnung und zum anderen die Lasten der Selbständigkeit. Denn obwohl im Regionalverband immer wieder BürgerInnen zu Tagespflegepersonen ausgebildet werden, steigt die Zahl der aktiven Tagesmütter und -väter nicht wie erhofft an. Es müssen in diesem Bereich der Jugendhilfe praktikable Lösungen gefunden werden, um den Beruf der/des Tagesmutter/Tagesvaters attraktiver zu gestalten. Die Landesverwaltung hat hinsichtlich der Vergütung der Tagesmütter ein enges Korsett geschnürt. Der Regionalverband steht erheblich unter Druck, um die 35 %-Quote für einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren bis September 2013 zu erzielen. Ohne Tagesmütter ist dies kaum umzusetzen. Doch Tagesmütter verdienen so wenig, dass sie davon kaum leben können. Selbst wenn der Regionalverband die Entgelt-Vorgaben des Landes außer Acht lässt und sozusagen übertariflich entlohnen würde, käme dies allemal billiger, als wenn er mit Klagen der Eltern überzogen wird. Lösungspotentiale lassen sich eventuell über Mittel des 10 Punkte-Programms der Frau Bundesfamilienministerin Schröder erschließen. Frau Biedenkopf wird den Unterausschuss über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

Zu TOP 5

Die Fachdienstleiterin, Frau Biedenkopf, thematisiert die zunehmende Problematik der Stromsperrern bei finanzschwachen Familien mit Kindern. Für dieses gesellschaftliche Problem muss bald eine probate Lösung gefunden werden, schließlich kann das Jugendamt nicht Kinder stationär unterbringen, weil der Strom abgeschaltet wird. Andererseits führt eine mangelnde energetisch Grundversorgung zu familiären Problemen, die nicht ursächlich auf Erziehungsdefizite zurückzuführen sind. Bisher wurden die bekannt gewordenen Fälle von Stromsperrern auf dem kleinen Dienstweg zwischen Jugendamtsleitung und Sozialamtsleitung einer Lösung (über Darlehen) zugeführt. Die Fälle nehmen zu und sind auf Dauer in dieser Form nicht lösbar. Die Idee eines Frühwarnsystems, das mögliche Akteure wie Verbraucher, Jobcenter, Sozialamt, Jugendamt, Energieversorger in einer lösungsorientierten Kommunikation verbindet, erscheint möglich, wobei in der Umsetzung die Frage des Datenschutzes noch nicht befriedigt gelöst ist. Das Thema findet großen Anklang im Ausschuss und es besteht Konsens darüber, dass zeitnah Lösungsansätze erarbeitet werden müssen.

Frau Sieglinde Bergmann berichtet, dass sich der 18-Jährige Flüchtling Ehsan Jafaris aus Afghanistan seit Anfang August im Kirchenasyl in einer Saarbrücker Kirche befindet. Der 18-Jährige ist nach seiner Odyssee stark traumatisiert, erläutert Dagmar Trenz. Die beiden Parteivertreterinnen regen eine Resolution des Jugendhilfeausschusses an die Landesregierung an. Die Parteien im Regionalverband wollen sich über den Inhalt der Resolution ins Benehmen setzen.

Für die Richtigkeit
Im Auftrag
gez. Michael Doll